internationaler tag der pressefreiheit

REPORTER OHNE GRENZEN

taz panterstiftung

Ohne Pressefreiheit keine Freiheit. Unser Dank gilt allen Journalist*innen weltweit, die trotz Repressionen versuchen, frei und unabhängig zu berichten

Selfie mit der Staatsmacht

An der Polizeisperre vor dem Präsidentenpalast in Minsk macht eine Frau am 30. August 2020 ein Selfie. Es ist der 66. Geburtstag von Präsident Alexander Lukaschenko und der Beginn der vierten Woche der Massenproteste gegen das Ergebnis der Wahl, die er mit 79 Prozent gewonnen haben will. Das Bild ist wie die anderen dieser Beilage von der freien Minsker Fotografin **Violetta Savchits.** Sie hat die Proteste in Belarus begleitet und vor allem Frauen im Fokus gehabt. Bilder von ihr gibt es auch in dem heute erscheinenden Buch „Fotos für die Pressefreiheit 2021" von Reporter ohne Grenzen.

Ein Tag im Gerichtsflur

In der Türkei befinden sind derzeit 71 Journalisten und Medienarbeiter in Haft, seit Sommer 2016 waren rund 350 zeitweilig im Gefängnis – einschließlich des Autors

Von **Deniz Yücel**

Zwei Wochen nach dem blutigen Putschversuch vom Juli 2016 kam es in der Türkei zur ersten Verhaftungswelle gegen die Presse. 21 Journalistinnen und Journalisten wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt, meist frühere Mitarbeiter der islamischen Gülen-Bewegung nahestehenden Medien, Journalisten und Angehörige mussten auf dem Flur des Gerichtsgebäudes Çağlayan warten.

Dort saßen zum einen 30 Journalisten und Abgeordnete der Opposition, die sich vor allem Bülent Mumay, dem langjährigen Online-Chef der Tageszeitung *Hürriyet*, und einem festgenommenen weiteren *Hürriyet*-Kollegen verbunden fühlten. Bülent war einige Monate zuvor entlassen worden. Ein Regierungsblatt hatte seine Kündigung gefordert, und *Hürriyet*-Verleger Aydın Doğan, Eigentümer des größten Medienhauses des Landes, hatte nachgegeben. Am Ende der Anhörung sollte Bülent als Einziger frei kommen.

Dann gab es noch eine größere Gruppe Frauen mit knöchellangen Gewändern, farbigen Kopftüchern, teuren Schuhen und Sonnenbrillen. Da ich nicht nur für meinen Freund Bülent gekommen war, sondern auch für die *Welt* berichten wollte, versuchte ich, auch mit ihnen ins Gespräch zu kommen. „Diese Leute schreiben auf Twitter nur über Bülent Mumay", empörte sich eine. „Aber die anderen sind auch Journalisten." Ihr Mann war Redakteur bei *Zaman* gewesen, dem Flaggschiff der Gülen-Medien.

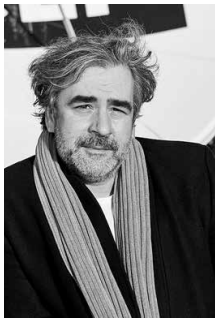

Foto: Anja Weber

Deniz Yücel

ist Mitglied im Kuratorium der taz Panter Stiftung, Journalist bei der „Welt", er arbeitete zuvor für die taz und die „Jungle World". 2017/18 saß er wegen angeblicher Terrorpropaganda fast ein Jahr in türkischer U-Haft.

Kurz danach kam eine andere Frau aus dieser Gruppe auf mich zu. „Sie dürfen daraus nichts zitieren, auch nicht in anonymisierter Form", herrschte sie mich an. „Sie haben mir nicht zu sagen, worüber ich schreibe", blaffte ich zurück. „Sie haben die Macht verloren, aber nicht die Arroganz der Macht" – eine Anspielung darauf, dass die Gülen-Organisation einst eng mit Erdoğans Partei AKP verbündet war. Diesen Frauen war anzumerken, dass sie sich noch vor kurzem als Teil der Elite fühlen durften. Später tat mir meine schroffe Replik leid.

Kurz darauf kam ich mit der Journalistin Melis Alphan, die als eine von wenigen *Hürriyet*-Mitarbeitern gekommen war, mit einem Mann ins Gespräch. Mit seinem abgetragenen Anzug stand er verängstigt am Rand. Sein Schwiegersohn hatte im *Zaman*-Hauptstadtbüro gearbeitet. Nachdem sie von der Fahndungsliste erfahren hatten, war er mit seiner Tochter und seinem Schwiegersohn aus der westanatolischen Provinz nach Istanbul gereist, wo sich dieser den Behörden stellte.

Der Mann war ein pensionierter, einfacher Polizist. „Sie sollen jeden bestrafen, der mit dem Putsch zu tun hatte. Aber sie können doch niemanden dafür bestrafen, nur weil er in einer dieser Zeitungen gearbeitet hat. Das war doch ganz legal", sagte er. Er war erstmals in seinem Leben in Istanbul. Vergeblich habe er versucht, einen Rechtsanwalt zu finden, sei überall abgewiesen worden. „Ich habe versucht, AKP-Politiker aus meiner Stadt zu erreichen: den Bürgermeister, die Abgeordneten unserer Provinz". Er sei Mitglied der AKP und kenne sie persönlich. „Aber niemand nimmt meine Anrufe ab."

Er rang mit den Tränen. Melis und ich brachten ihn zum Oppositionsabgeordneten Sezgin Tanrıkulu, der mit uns auf dem Gerichtsflur wartete. Vielleicht konnte er ihm helfen. Jetzt erst bemerkte ich, dass auch Melis feuchte Augen hatte. Ich wunderte mich, schließlich schrieb sie nicht nur regelmäßig über Mode, sondern oft über Gewalt gegen Frauen. Es konnte für sie nicht ungewöhnlich sein, mit Menschen zu reden, die schreckliche Dinge erlebt hatten. Sie muss meine Verwunderung bemerkt haben. „Wenn ich weinenden Menschen zuhöre, muss ich selber weinen", sagte sie lachend und wischte sich die Träne weg.

Etwa zwei Jahre später, im Frühjahr 2018, verkaufte Aydın Doğan sein Medienhaus an einen regierungsnahen Unternehmer, dem eine Staatsbank mit einem großzügigen Kredit ausgeholfen hatte. Innerhalb weniger Wochen wurden rund 50 Journalisten der Mediengruppe entlassen oder kündigten von sich aus. Die erste war Melis Alphan. Sie wechselte zur *Cumhuriyet*, doch nach nur einem halben Jahr verließ sie das Blatt mit vielen ihrer neuen Kollegen, nachdem eine Clique von ehemaligen Mitarbeitern mit tatkräftiger Hilfe der Regierung die Leitung der Zeitung an sich gerissen hatte. Seither veröffentlicht sie vor allem auf ihren Social-Media-Kanälen und gelegentlich in unabhängigen Onlinemedien.

Mitte April stand die heute 43-Jährige erstmals selbst vor Gericht – wegen eines sechs Jahre alten Instagram-Postings. Im Frühjahr 2015 hatte sie ein Foto von den Feierlichkeiten zum persisch-kurdischen Neujahrsfest Newroz in der Stadt Diyarbakır gepostet und dazu „Frohes Newroz" geschrieben. Damals war der Friedensprozess zwischen der PKK und dem türkischen Staat noch im Gange, weshalb viele türkische und internationale Medien über die friedlichen Feiern berichteten. Das Foto, das Melis geteilt hatte, hatte sie einer Nachrichtenagentur entnommen. Jetzt wirft ihr die Staatsanwaltschaft wegen dieses Postings „Propaganda für eine Terrororganisation" vor und fordert bis zu siebeneinhalb Jahre Haft.

Ihr Fall zeigt, dass der Druck auf Journalisten nicht nachgelassen hat, selbst wenn inzwischen weniger in den Gefängnissen sitzen. Auch die beiden ehemaligen *Zaman*-Mitarbeiter, mit deren Angehörigen wir damals im Gerichtsflur gesprochen hatten, wurden nach vier Jahren Haft freigelassen. Mitte April 2021 befanden sich laut der Media and Law Studies Association (MLSA) 71 Journalisten und Medienarbeiter in türkischer Haft; rund 350 Journalisten waren seit jenem Sommer 2016 zeitweilig im Gefängnis.

„Der Druck auf Journalisten hat in der Türkei nicht nachgelassen"

Faktenchecks und Medienkompetenz gegen Fake News

Im multiethnischen und multireligiösen Nigeria führen Desinformation und Verschwörungstheorien zu großen Problemen bis hin zum Verlust von Menschenleben

Aus Abuja **Stephanie Adams**

Der Kampf gegen Fake News und Desinformation bleibt eine Herausforderung in Nigeria. Doch wer sind die Täter? Und was sind die Auswirkungen? Es gibt viele Geschichten über die tödlichen Folgen von Fake News in Nigeria. Das geht auch in die Geschichte zurück. Fake News wurden zur Propaganda genutzt – vor allem von den Mächtigen. Sie verbreiteten damit Narrative, die ihren eigenen Interessen am meisten nutzten.

Durch die enorme Verbreitung von Fake News durch Einzelpersonen oder Gruppen haben sie besonders in einer multikulturellen und dynamischen Gesellschaft wie in Nigeria viel Schaden angerichtet. Denn durch die Möglichkeiten des Internets kann plötzlich jeder zum Reporter oder Bürgerreporter werden, der die journalistische Ethik missachtet. Eine der Hauptinstrumente zur Eindämmung von Fake News ist der Faktencheck. Dies ist eine geläufige Methode, um absichtlich verbreitete Verschwörungsmythen zu enttarnen. Diese lenken die Menschen von den wirklichen Problemen und Lösungen ab – aus ethnischen, religiösen, kulturellen oder politischen Gründen.

Wenn sich Fake News ausbreiten, können sie auch zu wirtschaftlichen Problemen führen. So hat sich beispielsweise ein Gouverneur kürzlich über den schlechten Zustand der Wirtschaft ausgelassen und dabei behauptet, dass die Regierung zusätzliche Banknoten im Umfang von 60 Milliarden Naira (131 Millionen Euro) drucken ließ. Doch dies hat die Ministerin für Finanzen, Haushalt und Nationale Planung, Zainab Ahmed, dementiert.

Als letztes Jahr die Coronapandemie ausbrach, lautete eine in den sozialen Medien zirkulierende Verschwörungstheorie, dass die von der 5-G-Breitbandtechnologie ausgehende Strahlung das menschliche Immunsystem schwäche und damit anfälliger für eine Covid-19-Infektion mache. Diese Behauptung wurde noch schwieriger auszuräumen, nachdem ein populärer nigerianischer Prediger sie vor einem großen Publikum wiederholt hatte.

Solche Mythen und Theorien verursachen große Schäden für die nationale Wirtschaft. Wenn damit nicht angemessen umgegangen wird und den Verbreitern solcher Fake News nicht das Handwerk gelegt wird, kann dies zu großem Chaos bis hin zum Krieg führen. Ein Beispiel sind die Proteste gegen die Polizeisondereinheit SARS, die am 20. Oktober 2020 zum Tod friedlicher Demonstranten an der Mautstelle im Stadtteil Lekki in Lagos geführt haben. Während junge Menschen für ein besseres Leben und gegen Polizeigewalt protestierten, änderte sich urplötzlich das Narrativ und die jungen Demonstranten wurden als Schläger dargestellt, die für ihren regierungskritischen Protest bezahlt würden.

In Nigeria hat sich der Kampf gegen Fake News als sehr mühsam herausgestellt, vor allem in den sozialen Medien. Auch wenn Fake News meist absichtlich verbreitet werden, um für Chaos zu sorgen, gibt es auch die umgekehrte und ebenso heimtückische Variante der Desinformation, Tatsachen plötzlich zu Fake News zu erklären.

Weil Verschwörungsmythen von Menschen und nicht von Bots, die auch bedrohlich sind, verbreitet werden, bedarf es das fortgesetzte Eintreten sowohl für Medienkompetenz als auch für die Entlarvung von Fake News. Organisationen wie Dubawa in Nigeria und das weltweite Internationale Fact Checking Network kämpfen gegen den Strom gefälschter Nachrichten. Immer mehr Medien richten eigene Stellen zum Faktencheck ein. Der Kampf gegen Fake News und ihre realen Folgen ist eine so große Aufgabe, dass sich von den Journalisten bis zu den Mediennkonsumenten alle daran beteiligen sollten. Genau deshalb wird auch die Rolle der Medien weiter relevant bleiben.

> **Auch Tatsachen zu Fake News zu erklären ist eine heimtückische Form der Desinformation**

Foto: PTCIJ

Stephanie Adams ist Referentin für Pressefreiheit beim Premium Times Centre for Investigative Journalism in Abuja und nahm im Dezember 2019 am Nigeria-Workshop der Panter Stiftung in Berlin teil.

„Blumen sind besser als Kugeln"

Das Tattoo „Blumen sind besser als Kugeln" einer Demonstration symbolisiert den Mut der Frauen, die am 12. August 2020 in Minsk gegen das offizielle Ergebnis der Präsidentschaftswahlen und gegen die Gewalt der Polizei protestieren.

Herzen für die Demokratie

Tausende Demonstrantinnen protestieren beim „Marsch der Freiheit" am 16. August 2020 auf dem Unabhängigkeitsplatz in Minsk gegen Polizeigewalt und Behördenwillkür und unterstreichen ihre eigene Friedfertigkeit. Nach Angaben unabhängiger Medien gehen an diesem Tag rekordverdächtige 200.000 Menschen gegen das unglaubwürdige Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 9. August auf die Straße und lassen sich dabei auch nicht von der Brutalität des Regimes in den Vortagen abschrecken.

Harte Zeiten für anonyme Quellen

In Armenien haben sich die Hoffnungen auf eine Stärkung der Pressefreiheit nicht erfüllt, vielmehr sind die Medien unter Premier Nikol Paschinjan mit neuen Restriktionen konfrontiert

Aus Jerewan **Sona Martistosyan**

Die Samtene Revolution 2018 in der Südkaukasusrepublik Armenien hatte bei der Internationalen Staatengemeinschaft und einheimischen Expert*innen die Hoffnung geweckt, dass es auch in Sachen Meinungsfreiheit zu Reformen kommen würde. Immerhin hatten die Medien die revolutionären Prozesse direkt beeinflusst. Jedoch sind diese Hoffnungen in den vergangenen drei Jahren verflogen.

Unlängst hat die armenische Staatsmacht eine Reihe von Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, die in Expert*innenkreisen auf massive Kritik gestoßen sind. Der wichtigste Punkt in diesem Prozess ist die Annahme eines „Gesetzes über audiovisuelle Medien", demzufolge unter der Aufsicht einer staatlichen Kommission Wettbewerbe über die Vergabe von Lizenzen an Privatsender durchgeführt wurden. Das Ergebnis: Mehrere TV-Unternehmen mussten ihre Tätigkeit einstellen.

Eine weitere Änderung, die die Regierung von Nikol Paschinjan vorgeschlagen hat, betrifft Veränderungen und Ergänzungen des „Gesetzes über Massenmedien". So können künftig Medien verboten werden, die in ihren Veröffentlichungen auf anonyme Quellen verweisen.

Der Vorsitzende des Jerewaner Presseklubs Boris Nawasardjan meint, dass die geplanten Veränderungen die Verbreitung von Desinformation keinesfalls verhindern würden. Gleichzeitig könnten Medien jedoch juristisch schon zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie geprüfte Informationen veröffentlichen, diese aber aus anonymen Quellen stammen.

„Das Absurde ist, dass der Akzent nicht auf dem Inhalt der Information liegt, sondern auf der Quelle. Übrigens sind Quellen vom Gesetz her geschützt. Das bedeutet: Selbst wenn die Information nicht der Wirklichkeit entsprechen sollte, muss der/die Journalist*in die Quelle nicht preisgeben, er oder sie trägt dann selbst die Verantwortung." Sollten die Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft worden sein, darf das keine rechtlichen Konsequenzen haben", sagt Nawasardjan.

Unruhe verursachte in Journalist*innenkreisen auch eine Gesetzesinitiative des Vize-Präsidenten des Parlaments Alen Simonjan, wonach Beleidigung und Verleumdung um das Fünffache erhöhte Entschädigungszahlungen nach sich ziehen – umgerechnet jeweils bis zu 4.700 und 9.300 Euro.

Laut Schuman Doidojan, Gründer des „Zentrums für freie Information", sind die jüngsten Gesetzesinitiativen nicht nur nicht hilfreich im Kampf gegen Desinformation, sondern sie können auch gefährliche Konsequenzen haben. „Die Staatsmacht versucht mit anstehenden Problemen fertig zu werden, jedoch mit falschen Methoden. Wir haben uns mehrmals gegen die jüngsten Vorstöße ausgesprochen, ja sogar den Präsidenten Armeniens getroffen und ihn gebeten, diese Änderungen nicht zu unterzeichnen. Denn sie werden bestehende Probleme nicht lösen, sondern diese vertiefen und viel schichtiger machen sowie die finanzielle Unabhängigkeit der Medien bedrohen und das Niveau der Selbstzensur erhöhen", sagt Doidojan.

Laut eines Berichts der Kommission zum Schutz der Meinungsfreiheit aus dem Jahr 2020 ist die Anzahl von Fällen, bei denen Druck auf Medien in Armenien ausgeübt wurde, auf 177 gewachsen (134 Fälle im Jahr 2019). Dabei wurden sechs tätliche Angriffe auf Journalist*innen registriert. Auch die Anzahl von Klagen gegen Medien ist weiterhin hoch – 72. 61 und damit die überwiegende Mehrheit davon beziehen sich auf Beleidigung und Verleumdung.

> **„Die geplanten Gesetzesreformen erhöhen das Niveau der Selbstzensur"**
>
> **Schuman Doidojan,** Gründer des Zentrums für freie Information

Foto: privat

Sona Martirosyan ist freiberufliche Journalistin in Jerewan. Als Dozentin unterrichtet sie Sozialjournalismus an der Staatlichen Universität Jerewan. Sie nahm 2014 am Osteuropa-Workshop der Panter Stiftung in Berlin teil.

Letztes Schlupfloch soziale Medien

In Myanmar stehen unabhängige Journalisten nach dem Militärputsch vor dem Nichts. Sie können nur noch in sozialen Medien publizieren, sofern das Internet zugänglich ist

Aus Yangon **Nyein Ei Ei Htwe**

Nach 15 Berufsjahren ist der freie Journalist Min Htet San kürzlich von der teuren Großstadt Yangon wieder in das Dorf seiner Eltern im Norden Myanmars gezogen, um dort auf deren Farm zu arbeiten. Denn den unabhängigen Medien, für die er bisher gearbeitet hatte, wurde vom Putschmilitär Anfang März die Lizenz entzogen. Sie publizieren jetzt nur noch bei Facebook, Twitter und Instagram. Die Fernsehsender MWD und MRTV des Militärs senden dagegen weiter und verbreiten Fake News.

Seit dem Putsch gebe es sehr viele Nachrichten auf Facebook, sagt er, aber es sei sehr schwer, deren Wahrheitsgehalt zu prüfen. „Heute morgen sah ich bei Facebook viele Posts, dass bestraft würde, wer schwarze Masken oder T-Shirts trägt. Aber ich konnte das nicht bestätigt bekommen. Ich habe viele angerufen, die das gepostet hatten. Es stellte sich heraus, niemand hatte das selbst erlebt oder gesehen, sondern ungeprüft einfach weiter verbreitet."

Viele Posts in den sozialen Medien seien nicht sehr akkurat, räumt Journalistentrainerin Ma Tin Zar ein. Doch seien die von sogenannten Bürgerjournalisten verbreiteten Nachrichten wichtig, um Menschen im Exil wie in internationalen Medien über die Entwicklungen zu informieren. In jedem Ort Myanmars gebe es mindestens eine Gruppe, die den Nachrichtenfluss organisiere. Die Menschen wüssten, wie wichtig Informationen seien. „Sie dokumentieren deshalb mit ihren Handykameras Ereignisse", sagt Ma Tin Zar. „Die Qualität mag nicht die beste sein, aber die Bürgerjournalisten lassen sich nicht stoppen, obwohl das Militär das versucht."

Seit der ersten Aprilwoche ist in vielen Regionen der Internetempfang per Satellit verboten, Satellitenschüsseln wurden vom Militär zerstört. Wer sie noch betreibt, dem droht eine Strafe von 100.000 Kyat (60 Euro). „Einige wenige haben wie ich einen Festnetzanschluss. Ich mache dann aus den Nachrichten SMS, die ich an 30 Personen schicke, um so Propaganda und Fake News zu unterlaufen", sagt Ma Tin Zar. Denn inzwischen würden sogar Hausfrauen wissen wollen, wie die Vereinten Nationen über Myanmar diskutierten, was Joe Biden zum Putsch sage oder wie Proteste verliefen. Solange das Militär an der Macht sei, werde es lügen, glaubt Sit Htet Aung. Er hat das Portal Burma Associated Press mit zehn anderen Journalisten gegründet, die nicht nach den Einschränkungen der Junta arbeiten wollten. „Wir stehen unter dauernder Beobachtung, einige sind schon verhaftet, andere stehen unter Anklage, der Rest ist ständig in Bewegung, um einer Festnahme zu entgehen", sagt er. „Wir bekommen kein Gehalt oder Honorar, nur einige Spenden, die wir für die Internetnutzung ausgeben, damit wir in den sozialen Medien posten können."

Doch hätten sie viel Rückhalt in der Bevölkerung. Ließen sich Demonstranten anfänglich aus Sorge vor Spitzeln ungern fotografieren, würden die Journalisten jetzt viele Fotos und Filme zugeschickt bekommen, um sie weiterzuverbreiten. „Leider können wir zum Schutz von Informanten oft keine Quellen nennen, auch keine Interviews machen oder nicht mal zurückrufen, weil Telefonnummern ständig geändert werden", erklärt Sit Htet Aung. Seit dem 1. Februar wurden 77 Journalist*innen festgenommen, davon sind 43 noch in Haft, 22 werden steckbrieflich gesucht.

„Myanmars Journalisten haben keine Sicherheit und keine Freiheit", sagt Chefredakteurin Ma Nyein Nyein Wang von 7Day News TV. Ihrem Sender wurde mit vier anderen Medien am 8. März die Lizenz entzogen. „Es herrscht tiefste Finsternis mit Ausnahme der Bürgerjournalisten in den sozialen Medien."

> **„Mit ihren Handykameras dokumentieren die Menschen die Ereignisse"**
>
> **Ma Tin Zar,** Journalismustrainerin

Foto: privat

Nyein Ei Ei Htwe war bis Februar 2021 Redakteurin der „Myanmar Times", die nach einem Streik juntakritischer Mitarbeiter eingestellt wurde, und nahm 2014 am Myanmar-Workshop der Panter Stiftung in Berlin teil.

„Wir kennen jede Art von Gewalt"

Manar Al Zubeidi, die im Südirak trotz Bedrohungen das erste Frauenportal gegründet hat, berichtet von ihren Erfahrungen

Interview: **Petra Bornhöft**

taz: Frau Al Zubeidi, in wenigen Ländern ist die Pressefreiheit so bedroht wie im Irak, der laut Index der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 162 von 180 Nationen liegt. Was heißt das für Ihre Arbeit?

Manar Al Zubeidi: Bei uns arbeiten Journalist*innen unter ständiger Bedrohung – allgemein wegen der chaotischen Sicherheitslage, der massiven Präsenz bewaffneter Terroristen und Milizen und fehlender Strafverfolgung. Viele Journalist*innen – vor allem Reporter*innen bei Demonstrationen – sind getötet worden, werden von Regierungsmitarbeitern oder Unbekannten öffentlich beschimpft und sind gezwungen, den Wohnort zu wechseln, unter Pseudonym zu publizieren oder gar den Job aufzugeben.

Trifft es Frauen und Männer gleichermaßen?

Journalistinnen sind häufig Opfer von Diffamierung und öffentlichen Hetzkampagnen auch im Netz. Wir kennen Mobbing, Belästigungen und jede Art von Gewalt. Mal weil der Arbeitgeber verhasst ist, die journalistische Arbeit missfällt oder wenn sie sich für Frauenrechte einsetzen.

Arbeiten deshalb so wenig Irakerinnen im Journalismus?

Es gibt keinen hinreichenden gesetzlichen Schutz für gleiche Bezahlung, in den meisten Fällen nicht mal Arbeitsverträge mit garantierten Rechten. So sind Frauen erpressbar im Job, müssen Kompromisse eingehen, dürfen nicht über jedes Thema schreiben. Hinzu kommt: Die meisten Frauen fühlen sich unsicher, wenn sie ihre Meinung im Medienunternehmen oder auf der privaten Facebook-Seite formulieren. Deshalb haben viele Frauen den Journalismus verlassen. Manch talentierte Frau kann den Beruf gar nicht erst ergreifen, weil die Familie es verbietet.

Trotzdem haben Sie sich 2014 selbstständig gemacht und betreiben seit 2017 die erste Frauen-Website im Irak. Warum?

Bei Printmedien und Lokalradios beschäftigte ich mich vor allem mit Frauenthemen. Dabei fiel auf, wie unterrepräsentiert Frauen in Führungspositionen waren und dass es bei den meisten Medien keinen Raum gab für Frauenthemen. Immer wieder stieß ich auf Restriktionen. Die in der Regel von Parteien oder anderen wichtigen Gruppen abhängigen Medien zementieren ein stereotypes Bild, das Frauen reduziert aufs „Soziale". Und das wird Geschäftspolitik: So verweigern viele Medienhäuser den Journalistinnen die notwendigen Dokumente für den Erhalt eines Mitglieds- bzw. Presseausweises von der Journalisten-Union (IJF), ohne den eine Journalistin faktisch rechtlos ist und nichts veröffentlichen kann.

Obwohl ich wusste, wie schwer es werden würde, habe ich ein Online-Medienprojekt gegründet, das meinen Kolleginnen und mir ermöglicht, frei und ohne Angst über Probleme irakischer Frauen zu berichten. Und wer Lust zum Schreiben hat, kann dies bei uns probieren. Wir veröffentlichen Berichte, Geschichten, Jobangebote, kostenlose Anzeigen von Frauen mit geringem Einkommen. Begonnen haben wir als reines Nachrichtenportal, inzwischen sind wir auf Frauen-Themen fokussiert.

Was sind die größten Schwierigkeiten beim Aufbau eines unabhängigen Portals für Frauen?

Wir schildern Probleme, welche die Gesellschaft gar nicht als Problem akzeptiert. Trotzdem fordern wir in unseren Texten Lösungen wie zum Beispiel Schutz für misshandelte Frauen, Strafverfolgung für Vergewaltiger, Schutz vor Verleumdung von Kandidatinnen bei politischen Wahlen, Ermutigung von Frauen in Männerberufen zu arbeiten, etwa beim Sicherheitsdienst oder Militär. Solche Themen sind die wohl größte Herausforderung.

Sehr schwierig sind auch die Finanzen. Anfangs bekamen wir von zivilgesellschaftlichen Gruppen etwas Geld für das Training von Journalist*innen und Blogger*innen. Unterstützung kam auch vom International Journalists' Network (IJNet). Wir haben Botschaften und internationale Organisationen gefragt, aber die unterstützen meist keine Medien. So sind wir vor allem von ehrenamtlicher Arbeit abhängig. Das ist unfair und schlecht für Produktion und Qualität.

Warum machen Sie trotzdem weiter?

Ich bin Journalistin geworden, weil ich gesellschaftliche Probleme benennen und jenen eine Stimme geben möchte, die nicht sprechen können. Medien haben großen Einfluss auf die öffentliche Meinung und politische Entscheider*innen, die marginalisierten Menschen, insbesondere Frauen und Minderheiten helfen können.

Foto: privat

Manar Al Zubeidi ist Gründerin des Frauenportals almanarnews.net in Dimanyya und Teilnehmerin des derzeit laufenden Online-Workshops der Panter Stiftung mit 18 irakischen Journalistinnen.

Foto: Anja Weber

Petra Bornhöft war lange Journalistin bei taz und „Spiegel", ist Mitglied im Kuratorium der Panter Stiftung und leitet den gegenwärtigen Workshop für irakische Journalistinnen.

Die Rentnerin und „Der Volkswille"

Eine Rentnerin demonstriert am 5. Oktober 2020 auf dem Minsker Unabhängigkeitsplatz mit einer Ausgabe der immer wieder vom Regime schikanierten unabhängigen Zeitung „Narodnaja Volya" (Der Volkswille). Die berichtet auf dem Titel, dass sich Präsident Alexander Lukaschenko trotz des von der Opposition angefochtenen Wahlergebnisses erneut zum Präsidenten von Belarus hat vereidigen lassen – unter Ausschluss der Öffentlichkeit und gegen den Willen eines Großteils der Bevölkerung.

Übergriffe bei Demos nehmen zu

In Deutschland hat sich die Gewalt gegen Medienschaffende in einem Jahr verfünffacht

Von **Anne Renzenbrink**

„Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten zu vertreten sowie Informationen und Ideen mit allen Kommunikationsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“
(Artikel 19 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen)

Die neue Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (RSF) zeigt, wie sehr das Menschenrecht auf Pressefreiheit weltweit eingeschränkt wird, etwa in China, wo mehr als 100 Medienschaffende im Gefängnis sitzen, oder in Mexiko, wo in jedem Jahr seit 2015 acht bis elf Journalist*innen ermordet wurden. Im weltweiten Vergleich sind die Arbeitsbedingungen von Journalist*innen in Deutschland insgesamt gut. Doch das Land hat sich um zwei Plätze verschlechtert und steht nun auf Rang 13 von 180 Staaten.

Dazu beigetragen hat die Gewalt gegen Medienschaffende, die eine noch nie dagewesene Dimension erreicht hat: Im Kalenderjahr 2020 zählte RSF mindestens 65 gewalttätige Angriffe gegen Journalist*innen im Land. Damit hat sich die Zahl im Vergleich zum Jahr 2019 (13 Übergriffe) verfünffacht. Sie liegt auch deutlich über der Zahl aus dem Jahr 2018 (22), als Medienschaffende insbesondere am Rande von Protesten rechtspopulistischer Gruppen in Chemnitz angegriffen wurden, und überschreitet den bisherigen Höchststand von 39 Angriffen im Jahr 2015 während der Hochphase der Pegida-Bewegung. Die Mehrheit der Übergriffe 2020 ereignete sich auf oder am Rande von Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen. Journalist*innen wurden geschlagen, getreten und zu Boden geschubst, sie wurden bespuckt und bedrängt, beleidigt, bedroht und an der Arbeit gehindert. Das Jahr 2020 hat erneut gezeigt, dass die Berichterstattung von Protestkundgebungen gefährlich werden kann: Mehr als drei Viertel aller körperlichen Angriffe gegen Medienschaffende ereigneten sich am Rande von Demonstrationen, darunter neben den Coronaprotesten etwa auch auf Demos gegen das Verbot der linken Internetplattform linksunten.indymedia.org oder auf Demos zum 1. Mai.

Erfreulich hingegen war zunächst, dass das Bundesverfassungsgericht im Mai 2020 die Überwachung des weltweiten Internetverkehrs durch den Bundesnachrichtendienst (BND) für verfassungswidrig erklärt hat. Geklagt hatte ein Bündnis aus RSF, Investigativjournalist*innen und der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), weil der deutsche Auslandsgeheimdienst durch das BND-Gesetz völlig legal die Kommunikation von Journalist*innen außerhalb Europas überwachen durfte, wenn dies im Interesse Deutschlands lag. Das ist auch für Reporter*innen in Deutschland relevant, wenn der BND bei internationalen Großrecherchen wie etwa zu den Panama-Papers ausländische Partnermedien deutscher Redaktionen überwachen kann.

Doch das BND-Gesetz bleibt auch in der Ende März 2021 verabschiedeten Neufassung problematisch. Denn auch wenn die Schutzwürdigkeit der Kommunikation zwischen Medienschaffenden und ihren Informant*innen erstmals gesetzlich anerkannt wird, soll der BND weiterhin Daten wie Kommunikationsverbindungen oder Betreffzeilen von E-Mails sammeln und ungefiltert an ausländische Geheimdienste weitergeben dürfen. Solche Daten sind leicht auf einzelne Personen zurückzuführen und lassen Rückschlüsse darüber zu, mit wem Journalist*innen in Kontakt stehen. RSF und die Gesellschaft für Freiheitsrechte behalten sich daher vor, erneut gegen das BND-Gesetz zu klagen.

impressum

Redaktion: Sven Hansen
Mitarbeit: Christian Jakob, Barbara Oertel, Bernd Pickert, Katja Heinemann
Layout: Nadine Fischer

Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Unbeugsame

Am 30. August 2020 zeigt sich eine Teilnehmerin des Sonntagsmarsches, an dem laut Opposition rund 100.000 Menschen teilnahmen, siegessicher an einer Polizeiabsperrung vor dem Präsidentenpalast in Minsk. Der umstrittene Präsident Alexander Lukaschenko, der an diesem Tag seinen 66. Geburtstag feiert, hatte zuvor eine geplante Kundgebung auf dem Unabhängigkeitsplatz verbieten lassen.

Pause von Morddrohungen

Mit dem Refugium-Programm bieten die taz Panter Stiftung und Reporter ohne Grenzen bedrohten JournalistInnen eine dringend benötigte Auszeit in Berlin

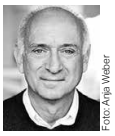

Foto: Anja Weber

Andreas Lorenz war langjähriger Korrespondent des „Spiegels“ und Mitglied im Kuratorium der Panter Stiftung, für die er auch das Refugium Programm betreute.

Foto: Dietmar Gust

Anne Renzenbrink ist Presserefe-rentin bei Reporter ohne Grenzen mit den Schwerpunkten Asien/Pazifik, Deutschland und Türkei.

Von **Andreas Lorenz**

„Derzeit verstecke ich mich, seit einige Generäle beschlossen haben, mich zu töten“, schreibt eine Journalistin aus dem Bürgerkriegsland Demokratische Republik Kongo. Sie habe dem Präsidenten zu kritische Fragen gestellt, glaubt sie. „Das Leben in einem Versteck strengt an, ein paar Monate Pause würden mir gut tun.“

„Unser Studio wurde mehrfach angegriffen. Einige Journalisten starben, andere wurden verletzt“, berichtet ein Kollege aus Somalia. Unter der „ständigen Bedrohung der Sicherheit“ sei die Arbeit „oft schwierig“. Ein erschöpfter afghanischer Journalist schreibt: „Ich habe über mehr als 80 Angriffe gegen den‚Islamischen Staat‘ und die Taliban berichtet, ich habe Explosionen und Angriffe überlebt.“ Zu überleben sei „ein glücklicher Zufall“ in einem Land, in dem „keine Schule, kein Hospital, keine Moschee“ sicher sei.

Dies sind Alarmrufe aus über 180 Bewerbungen, die jüngst die taz Panter Stiftung und Reporter ohne Grenzen erreichten. Alle baten um drei Monate Auszeit in Berlin, um Atem zu schöpfen und Abstand zu gewinnen von ständigem Druck, von der Furcht um das eigene Leben und das der Familie. Die Fälle der maltesischen Journalistin Daphne Galizia und ihres slowakischen Kollegen Ján Kuciak, die wegen ihrer Recherchen getötet wurden, sind nur die Spitze des Eisbergs. Angriffe auf Medienleute häufen sich. Immer mehr gehören JournalistInnen zu Personen, die in den Augen ihrer Gegner wegen kritischer Berichte beleidigt, bedroht, angegriffen, entführt und gar getötet werden dürfen.

Täglich geraten Hunderte von Video-, TV-, Radio und Zeitungsjournalist*innen unter Druck: durch Rebellenkommandeure in Afrika, durch Staatssicherheitsleute in Zentralasien, durch Drogenhändler in südamerikanischen Slums. Sie bilden sich ein, JournalistInnen diktieren zu dürfen, was sie unter der Wahrheit verstehen. Dunkelmänner treten nachts Türen der Wohnungen von JournalistInnen ein. „Andere mögen überleben, du wirst es nicht“, bekam eine burundische Journalistin zu hören.

> **„Unser Studio wurde mehrfach angegriffen. Einige Journalisten starben, andere wurden verletzt“**
> Journalist aus Somalia

Seit 2015 bieten die taz Panter Stiftung und Reporter ohne Grenzen zwei bis drei JournalistInnen pro Jahr eine Auszeit in Berlin. Nur mit Hilfe vieler SpenderInnen ist dies möglich. Die beiden Organisationen versuchen bedrohten KollegInnen den Rücken zu stärken, damit sie später in ihrer Heimat weiterarbeiten können. Die StipendiatInnen kommen in einer Wohnung unter, erhalten Taschengeld und, wenn nötig (und das ist fast immer der Fall) psychologische Betreuung.

Das Programm hat sich herumgesprochen: Aus vielen Ländern bitten ReporterInnen um Hilfe. Viele BewerberInnen sind bereits ins Exil geflohen. Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie waren schon elf KollegInnen nach Berlin gekommen, einige sogar mit ihren Kindern. Die Gäste müssen nach den drei Monaten in ihre Heimat zurück. Zwei von ihnen sind inzwischen wieder in Berlin: Einer floh aus der Türkei, ein anderer verließ Usbekistan. Die Panter Stiftung und Reporter ohne Grenzen kümmern sich um sie. Aus der Pause ist zeitweises Exil ge-

„Den zahllosen unterdrückten, inhaftierten oder ins Exil vertriebenen Journalist*innen weltweit muss beigestanden werden.“ **Andreas Räber**
Spender, Hamburg

Refugium

Das Auszeitprogramm für verfolgte Journalist*innen

Informieren, unterstützen:
taz.de/spenden

taz panterstiftung